

Septembre 2011

FINANZKRISE

"Europa zuerst"

Jacques Delors findet: Die Finanzkrise lässt sich lösen, man muss es nur tun.

von Petra Pinzler | 01. September 2011 - 08:00 Uhr

© John Thys/AFP/Getty Images



Der frühere Präsident der EU-Kommission Jacques Delors (Archivbild)

Ende August ist Paris ein öder Ort. Die netten Bistros sind geschlossen, die meisten Franzosen aus der heißen Stadt ans Meer geflüchtet, durch die Straßen streichen Touristen. In einem alten Wohnhaus in der Rue de Milan wird trotzdem gearbeitet. Jacques Delors sitzt dort am offenen Fenster der Stiftung Notre Europe. Europa, sagt der frühere Präsident der EU-Kommission gleich zur Begrüßung, befindet sich in einem »gefährlichen Moment«. Er suche deswegen intensiv nach Lösungen aus der Krise.

Eigentlich ist Delors in einem Alter, in dem sich die meisten Männer zurücklehnen, die Enkel arbeiten lassen und das Erbe sortieren. Der Franzose könnte das mit seinen 86 Jahren sogar mit besonderer Selbstzufriedenheit tun. Er hat die Europäische Union einst entscheidend mitgebaut, an ihm werden bis heute alle seine Nachfolger gemessen. Denn Delors verdanken die Europäer nicht nur den Binnenmarkt und damit einen wichtigen Teil ihrer grenzenlosen Freiheit. Der Mann hat auch noch die Grundsteine für den Euro mit gelegt.

Doch all das sieht er nun bedroht, und das macht ihn zornig. »Wenn der Euro zerbricht, kracht auch die Europäische Union zusammen«, sagt er. Er ärgert sich über all diejenigen, die das nicht bedenken, und prophezeit: »Dann bleibt nur noch eine Freihandelszone.« Und dann könnten sich die Europäer für lange Zeit von der Weltbühne verabschieden.

Man könnte Delors wegen dieser Worte in die Riege der zornigen alten Männer einsortieren, die sich in der neuen Welt nicht mehr zurechtfinden. Doch das wäre zu

einfach. Delors ist näher dran als andere seines Alters, er mischt sich konkreter ein. Vor ein paar Tagen erst hat er den Regierungen in französischen Zeitungen vorgeworfen, dass sie der Realität immer hinterherhinkten. »Man kann doch nicht im Juli auf einem EU-Gipfel einen Plan beschließen, um die Märkte zu beruhigen, und die Einzelheiten dann erst im Herbst ausarbeiten«, zürnt er auch jetzt wieder und fügt hinzu: »Es kommt der Augenblick, in dem man seine Karten schnell ziehen muss.«

Delors appelliert an die Chefs und nimmt die Mahnung persönlich, auch er will jetzt schnell seine Karten ziehen. In dieser Woche wird er mit deutschen Sozialdemokraten über Vorschläge gegen die Krise diskutieren. Die SPD hat ihn nach Berlin geladen, schließlich war der Mann zeitlebens Sozialist. Und selbst wenn sein Name heute vor allem mit der Öffnung von Märkten verbunden ist, war für ihn immer selbstverständlich: Das Soziale und die Solidarität dürfen in Europa nicht vergessen werden.

Genauso selbstverständlich war für Delors jedoch, dass Europa ein Teil der Lösung ist und nicht Teil des Problems. Doch stimmt das auch heute noch? Als er die Frage hört, lacht der Franzose kurz und trocken und sagt dann: »Natürlich, die Regierungen müssten sich nur endlich zu verstärkter wirtschaftlicher Kooperation durchringen.« Und sie müssten wieder zuerst an Europa denken.

Nach einem besonders neuen, populären Plan klingt das nicht. Und Delors weiß das. Wohl deswegen setzt er gleich hinzu: Auch damals, in seiner großen europäischen Zeit, in den achtziger und den frühen neunziger Jahren, war mehr Integration keine populäre Idee. Und dass mehr Europa die Antwort auf ökonomische Probleme sein könne, fanden auch damals die meisten Bürger und viele Politiker ziemlich fantastisch. Auch damals habe sich Europa nicht automatisch oder aus historischer Notwendigkeit weiterentwickelt. Im Gegenteil, er sei als Präsident der EU-Kommission auf ziemlich viel Skepsis gestoßen, als er die ersten Vorschläge für einen gemeinsamen Binnenmarkt und später dann auch noch für eine gemeinsame Währung lancierte.

»In jener Zeit waren die wirtschaftspolitischen Ansichten in Europa noch viel unterschiedlicher als heute«, erinnert er sich. Doch Delors entpuppte sich als gewitzter Taktiker. Immer wieder schlug er den Regierungen »mehr Integration« auf ganz verschiedene Arten vor: mehr gemeinsame Sicherheitspolitik, mehr Soziales, andere Institutionen, ein größeres EU-Budget, stärkeren Wettbewerb. Letzteres schien den einflussreichen Politikern dann wohl am wenigsten bedrohlich, zudem fand Delors im deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl einen mächtigen Verbündeten. »Die Deutschen haben das Projekt damals mit mehr Größe als alle anderen vorangetrieben«, erinnert sich Delors. Und so bekam er, was er wollte. Die Macht, die ökonomischen Grenzen zu schleifen, und das Ende der Blockaden durch einzelne Regierungen. Das vorläufige Ende dieser Geschichte ist bekannt: Der Binnenmarkt wurde zur Erfolgsgeschichte. Und heute will ihn keiner mehr missen.

Der Franzose steht auf und nimmt ein weißes Pappbändchen vom Kaminsims: »Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung« steht auf dem Umschlag. Das Papier ist vergilbt. Delors sagt, was dort stehe, gelte noch heute. »Schon damals habe ich gemahnt, dass Europa nur durch eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung funktioniert.« Das bedeute nicht, dass jeder das Gleiche machen müsse, aber jeder müsse den anderen im Auge haben. Genau das habe man bislang verpasst.

Ob Bundeskanzlerin Angela Merkel diese Ideen kenne? Bei der Frage schaut Delors erstaunt auf. Wahrscheinlich schon, sagt er und setzt dann zögernd hinzu, dass sie bis heute nicht mit ihm gesprochen habe. Vielleicht, weil er Sozialist sei?

Immerhin, seine Ideen scheinen trotzdem langsam durchzudringen. Dass Merkel und der französische Präsident Nicolas Sarkozy nun regelmäßige Treffen der Chefs der Euro-Länder wollen, findet er gut. Denn Delors fordert zwar stärkere Kontrollen der nationalen Haushalte durch Brüssel. Doch er will längst nicht die komplette Wirtschaftspolitik dorthin verlagern. Stattdessen sollen die Regierungen wirklich zusammenarbeiten – mit einer Einschränkung: »Man hat Europa viel zu sehr den Finanzministern überlassen«, kritisiert er. Deswegen würde vieles nur unter Haushaltsgesichtspunkten diskutiert. Dabei gebe es genug andere Themen: Wo, fragt Delors, sei die europäische Atompolitik, die europäische Position zu Libyen oder eine europäische Initiative zur Belebung des Welthandels? Auch damit für solche Fragen endlich wieder Zeit ist, will er die Finanzkrise nun schnell lösen – und zwar mithilfe von Euro-Bonds. Die hält er für den nächsten, wichtigen Abwehrmechanismus gegen die Krise, denn die Bonds könne man am besten wie einen Feuerwehrschauch zum »Löschen des Feuers« einsetzen. Zudem würden sie die »ökonomische Kooperation« und das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken.

In den kommenden Tagen wird er deswegen selbst prüfen, ob sich die Bonds nicht doch schnell und ohne große Vertragsveränderungen einführen lassen. Er ist da optimistisch. Denn all jenen, die quasi automatisch »Europa funktioniert nicht« sagen, hat er ohnehin noch nie geglaubt.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2011/36/Finanzkrise-Delors>

Retranscription interview Jacques DELORS pour EURONEWS (partie conservée)

12 et 13 septembre 2011



Jacques Delors connaît les péchés originels de l'euro, la monnaie unique européenne. Président de la Commission Européenne de 1985 à 1995, celui que la presse a surnommé "Monsieur Europe" l'a vu naître à Maastricht. C'était en 1992. Si la crise de l'euro l'inquiète plus que d'autres, c'est parce qu'elle révèle la détérioration du sentiment d'appartenance à une communauté supra-étatique, au fondement de la construction de l'Union. Au micro d'Euronews, le Président fondateur du laboratoire d'idées "Notre Europe" exprime sa colère mais aussi son pragmatisme. Pour lui, la crise de la dette peut être endiguée avec des instruments que la zone euro a déjà à sa disposition.

Laura Davidescu, euronews

Monsieur Delors, bonjour ! Dites-nous d'abord quels sont les sentiments que vous éprouvez quand vous voyez dans une situation si difficile le plus grand projet de l'Union Européenne.

Jacques Delors, Président fondateur de "Notre Europe"

Je m'inquiète et j'ai des regrets. Notamment que, lorsqu'ils ont mis l'euro en pratique, leur décision de 1997, ils aient refusé mon idée selon laquelle à côté du pacte de stabilité budgétaire il y aurait eu un pacte de coordination des politiques économiques.

Qui a refusé ?

Je pense que c'est l'ensemble des chefs de gouvernement qui a refusé.

Si nous avions eu ça, d'abord l'euro n'aurait pas seulement protégé y compris des bêtises qu'on pu faire certains, l'euro aurait été stimulé, et en plus, en discutant entre eux, ils se seraient aperçu que l'endettement privé en Espagne augmentait d'une manière dangereuse, que le gouvernement Irlandais ne se préoccupait pas des engagements fous de ses banques, etc. etc... Mais ils ne l'ont pas fait.

Mais alors pourquoi? J'insiste.

Pourquoi? Parce que, en laissant de côté cet épisode sur le pacte de coordination des politiques économiques auquel ils reviennent maintenant, sous une forme ou sous une autre, mais un peu tard, le problème qui a été posé à partir de la difficulté des grecs a été simple : est-ce qu'on applique le "No bail out", c.,était dans le traité – il n'y a pas de secours systématique d'un pays quand il est en difficulté – ou bien est-ce que le Conseil de l'euro (l'Eurogroupe) considère qu'il est moralement responsable de ne pas avoir vu la dégradation de la situation dans plusieurs pays, et qu,,étant moralement responsable, il prend des décisions politiques pour prendre en charge le problème.

C'est la thèse que j'ai défendue, notamment auprès des Allemands, en leur disant : "mais nous sommes collectivement responsables, on ne peut pas simplement désigner le vilain canard grec".

Vous dites que l'idée d'un gouvernement économique de la zone euro, telle que proposée par Nicolas Sarkozy et Angela Merkel, ne servirait à rien.

Si Monsieur Sarkozy et Madame Merkel étaient des partisans de la méthode communautaire, s'ils n'avaient pas passé leur temps à marginaliser la Commission et à couvrir de difficultés le Président de l'Eurogroupe Jean-Claude Juncker...

C'est ce qu'ils font aujourd'hui?

C'est ce qu'ils ont fait pratiquement. Ils ont tiré le système vers l'intergouvernemental. Or il n'est pas possible à 17 membres de gouvernement ou ministres des finances de définir une politique économique.

Il faut revenir à la méthode communautaire, redonner sa place à la Commission.

Si vous marginalisez la Commission, si vous changez Monsieur Juncker par Monsieur Van Rompuy pour traiter de la même chose, alors ça ne changera rien.

Ce qui est en cause, c'est l,état d'esprit anti-communautaire des deux dirigeants.

Mais la Commission, peut avoir un sursaut d'orgueil ?

La Commission a le droit de l'initiative. Elle peut donc faire des propositions. Si ces propositions ne sont pas acceptées, elle peut l'expliquer à la presse, donc aux citoyens.

C'est la menace que j'ai faite quand on a voulu repousser l'adoption du programme Erasmus. J'ai dit ça à la présidente du Conseil Européen, Madame Thatcher. J'ai dit: "Vous savez, moi, à la conférence de presse qu'on va faire ensemble, je vais dire que vous ne voulez pas de ce programme d'échange d,étudiants." Ils ont changé d'avis et ils l'ont accepté. Donc voilà comment un système peut marcher.

Le Parlement Européen joue un rôle de plus en plus important, je m'en réjouis, il travaille bien. Donc il faut peu de choses pour que le système retrouve des saines méthodes de travail.

Pour vous, le maître mot est "revenir au principe de coopération économique renforcée".

Oui.

Qu'est-ce que cela impliquerait?

Je dis : il faut isoler le cas grec et le traiter.

On ne peut pas simplement dire : "tapez sur la Grèce" et même lui dire : "allez vous-en"!

Et deuxièmement, avant tout, il faut se fonder sur les décisions déjà prises pour essayer de conforter l'euro, donc pour amener l'émission d'euro-obligations.

Madame Merkel s'est prononcée contre les euro-obligations.

Les gouvernements ont décidé, moyennant un petit amendement au Traité, de créer un Mécanisme Européen de Stabilité.

Je propose que ce mécanisme soit mis en place dès 2012. Et je propose que ce soit lui qui émette des euro-obligations.

Donc, dans un esprit pratique, je dis qu'il est possible de greffer les euro-obligations sur le Mécanisme Européen de Stabilité qui résulte d'un accord intergouvernemental déjà rédigé, donc je ne prends pas de risque avec le Traité.

Et deuxièmement, je propose que la Banque Européenne d'Investissement augmente la taille de ses opérations et émette aussi des euro-obligations, non pas pour consolider la dette, mais pour des dépenses d'avenir.

Si la désunion fiscale-budgétaire a affaibli l'euro à ce point là, alors est-ce qu'on peut en déduire que la cure réside en une union fiscale?

Je pense que nous construisons une Union dans la diversité. Mais quand on passe des 27 aux 17, c'est à dire à l'Union Economique et Monétaire, alors là, la diversité doit s'atténuer un peu, sinon ça n'est pas possible.

Quand j'avais proposé l'Acte Unique en 1985, j'avais dit : il est basé sur 3 principes – la compétition qui stimule, la coopération qui renforce, la solidarité qui unit.

La coopération c'est le chaînon manquant.

Mais si ça ne marche pas, ou bien l'aventure de l'euro se terminera et l'Europe sera simplement une vaste zone de libre échange, un "loose confederation" comme disent les Anglais, ou bien ils décideront d'un nouveau Traité avec plus de fédéralisme au sommet.

Mais Monsieur Delors, cette Europe ne s'exprime pas d'une seule voix...

Tous ces grands chefs qui parlent, est-ce qu'ils se préoccupent du fait que la Présidence du Conseil européen est polonaise? Vous croyez que c'est bien la manière dont on laisse de côté la Présidence polonaise ?

Vous dites qu'on l'ignore?

On l'ignore ! Oui, on l'ignore ! Et vous croyez que c'est ça, c'est un bon signe, pour l'Europe?

De même que ce scandale, que la Finlande et la Slovaquie demandent des garanties particulières pour participer au plan de sauvetage de la Grèce. Mais c'est un scandale! Dès que la Finlande a dit ça, le Conseil Européen aurait du se réunir et dire non, ça ce n'est pas possible !

C'est l'état d'esprit qui se dilue, c'est l'esprit communautaire en quelque sorte, le sentiment d'appartenir à une aventure collective.

Il faut dénoncer cela !

Parce que nous, qui sommes Européens, nous ne sommes pas seulement européens de raison, parce que "l'Union fait la force". Nous sommes aussi des européens de coeur ! Et c'est ça qui manque aujourd'hui.

La Chaîne parlementaire : Questions d'infos

Jacques Delors

Tout d'abord, vous voulez apporter une petite précision.

Je lis dans le *Journal du dimanche* « Jacques Delors, dont les apparitions médiatiques sont rares, volera au secours de sa fille en participant mercredi à votre émission. » Ce journaliste aurait pu se renseigner et savoir que l'émission était uniquement sur l'Europe et les affaires internationales. Il aurait pu s'épargner une méchanceté gratuite, car ma fille est en pleine forme, elle se débrouille très bien. Elle est entourée d'une équipe brillante des nouvelles générations. Elle n'a pas besoin de son père. D'ailleurs, elle a assumé dans sa vie beaucoup de responsabilités en comptant sur ses propres forces. Une fois, c'est vrai, je suis intervenu. On m'a demandé quel était mon favori pour les Primaires, j'ai dit, arguments à l'appui, que c'était ma fille que je considérais comme la meilleure. Je continue à le penser. Ceux qui me connaissent savent que si je ne le pensais pas, je me serais tout simplement tu.

C'est toujours Martine Aubry qui est la meilleure pour vous ?

Voilà.

Et elle sera désignée candidate du PS ?

Jacques Delors considère que c'est la meilleure et pas seulement pour des raisons d'affinité parentale.

Parce que c'est la meilleure, parce qu'elle a été ministre et parce qu'elle a l'étoffe d'un Président de la République ?

Voilà.

C'est peut-être l'Europe qui a besoin d'un sauveur aujourd'hui parce qu'on parle de crise financière internationale, des problèmes de la Grèce. On parle même d'une éventuelle faillite de la Grèce. Scénario catastrophe ou réaliste ?

C'est une situation sérieuse. Bien entendu selon les jours, il y a plus ou moins de rumeurs, de mauvaises nouvelles, de spéculation. C'est une situation sérieuse qui ne concerne pas simplement la Grèce. Je vous rappelle quand même que statistiquement parlant, la Grèce, c'est 2,5 % de la production de l'Eurozone. Cette raison s'explique par un vice de conception de l'Union économique et monétaire que j'ai dénoncé en son temps

puisque j'ai été président du Comité qui a indiqué au Conseil européen en 1989 : « si vous voulez faire l'euro, voilà comment il faut faire ». Il y avait un vice de conception, en dire deux mots ne sera pas inutile pour tirer les enseignements du passé.

Quel vice de conception ?

L'Union économique et monétaire, telle qu'elle a été dans le rapport Delors, était fondée sur l'équilibre entre le pouvoir monétaire et le pouvoir économique. Elle impliquait donc qu'à côté de l'indépendance de la banque centrale et son pôle monétaire, il y ait un pôle économique qui ne pouvait prendre qu'une forme, compte tenu du contrat et de l'esprit du traité, celui de la coopération. C'est pour ça que j'avais proposé un pacte de coopération des politiques économiques.

Quelle serait la solution immédiate pour sauver la Grèce ? Est-ce qu'il faut effacer tout ou partie de la dette ?

Non. Il faut se montrer compréhensif avec la Grèce. Y compris lorsque la troïka (Fonds monétaire internationale, Banque centrale européenne, Commission européenne) y va. La Grèce est un pays qui a de mauvaises habitudes, qui ont été plombées en plus par un gouvernement de droite.

Elle a menti au moment d'entrer dans l'Union sur l'état de ses déficits ?

Non, après. Un gouvernement de droite l'a plombé. C'est un pays dans lequel l'État n'a pas la rigueur, l'indépendance qu'il a dans d'autres démocraties, ce qui explique la fraude fiscale, mais on ne peut pas remettre ça du jour au lendemain. En plus, la Grèce avait un handicap, c'est que la rigueur qu'on lui a imposée est telle que cette année, elle va faire -4 ou -6 % de production, ce qui aggrave encore son problème. Il ne faudrait pas que, selon une formule que j'ai reprochée au Fonds monétaire il y a quelques années, la Grèce meure guérie. Il y a un effort de compréhension à faire ; il faut se focaliser sur la Grèce et essayer de mettre en œuvre les décisions qui ont été prises le 21 juillet, qui font que le Fonds de stabilité passe de 440 à 770 milliards, ce qui est suffisant pour rassurer tous ceux qui veulent être rassurés.

Il y a eu un premier plan qui avait été voté, pourquoi ça ne marche pas ? Ça ne va pas assez vite. Que se passe-t-il ?

Non, le premier plan avait été insuffisant pour une raison simple. Depuis le début de la crise financière mondiale, avec la faillite de Lehman Brothers et ensuite ses conséquences sur l'Europe, la valse-hésitation a été le mot clé de nos dirigeants. Il aura fallu du temps.

Les dirigeants ? Vous pensez à qui, au couple franco-allemand ?

Non, tous, les 17. Il a fallu du temps pour qu'ils comprennent ce dont il s'agissait. En plus, Madame Merkel est hésitante. On y reviendra peut-être pour expliquer pourquoi elle a été longtemps hésitante. D'autres préfèrent le coup de menton. Et enfin, vous remarquerez, une chose qui est difficile à éviter, mais qu'il aurait fallu quand même prendre en considération. Dans un gouvernement national, en temps normal, il y a une personne qui

parle. Les états d'âme, on les tait. Tandis que là, entre deux réunions des chefs, tout le monde parle. Une vraie cacophonie. Comment voulez-vous que les investisseurs, je ne parle pas simplement des spéculateurs, s'y retrouvent. C'est vrai qu'une union d'États, ce n'est pas un État uni. Mais quand même !

Quand vous dites qu'il faut être compréhensif avec la Grèce, est-ce que la question de l'effacement de tout ou partie de sa dette serait une forme de compréhension ou est-ce qu'il y a autre chose ?

Les décisions du 21 juillet sont mises en vigueur. Là aussi, n'est-ce pas, vous vous occupez d'économie, vous comprenez bien ! Imaginez qu'un chef d'entreprise réunisse son conseil d'administration, il prend des décisions et il dit à tout le monde « elles seront appliquées dans trois mois ». C'est ce qu'ont fait nos chefs le 21 juillet. Ce sont pourtant des hommes réalistes, sauf qu'entre-temps, la vie continue.

Ce que vous avez très bien expliqué tout à l'heure, ce sont les différences entre la France et l'Allemagne et les interrogations au sein de l'Allemagne. C'est-à-dire que l'Allemagne se dit « pourquoi je paierais pour les autres alors que j'ai été rigoureuse ? »

Mais je voudrais terminer là-dessus pour dire donc qu'il faut être compréhensif. Je vous ai expliqué les raisons de l'affolement, qui continue d'ailleurs, mais 770 milliards d'euros dans le Fonds... Deuxièmement, il ne faut pas oublier que dans le nouvel accord, les banques participent. Cela veut dire que les banques qui vont participer à cet ajustement de la dette grecque vont perdre 21 % sur leurs créances. Donc c'est un effort global, bien équilibré. L'Allemagne a demandé que les banques en fassent partie, elle avait raison. On tarde à passer dans les faits. Cette idée de gens raisonnables et expérimentés de dire « le 21 juillet, je prends une décision, peut-être qu'elle sera appliquée en septembre ». Ajoutez à cela que la Finlande et la Slovaquie demandent des garanties particulières. Dès le lendemain, le conseil de l'Euro aurait dû se réunir et dire « ça n'est pas possible ! ». Il y a un minimum de solidarité, vous gâchez le métier. C'est une faiblesse.

Mais les divergences au sein de l'Allemagne. On voit bien que c'est un partenaire essentiel, mais tiraillé entre la solidarité européenne et ne pas les aider puisqu'ils n'ont pas respecté les engagements. Quelle est votre opinion sur l'Allemagne ?

J'y étais encore il y a 10 jours. Qu'est-ce que j'ai dit aux Allemands quand la Grèce a fait connaître ses faiblesses ? Il n'y a pas que la Grèce qui est responsable. Vous, les 17 de la zone euro, vous vous réunissez tous les mois. Vous n'avez rien vu venir ? Vous n'avez pas vu venir l'endettement espagnol qui est à peu près du même genre que celui des Américains. Vous n'avez pas vu venir l'indifférence du gouvernement irlandais vis-à-vis de banques qui prenaient des engagements fous ? Vous n'avez rien vu venir donc votre responsabilité morale est engagée. OK c'est vrai que dans le traité, il n'y a pas de secours systématique, mais nous sommes responsables. Et sinon, vous jouez l'euro au hasard. Voilà ce que j'ai dit aux Allemands au début. Et maintenant, qu'est-ce qui s'est passé en Allemagne ? Madame Merkel est hésitante. Maintenant je la crois convaincue au fond de son cœur, de sa tête, que ça serait tragique pour l'Allemagne si l'euro connaissait une défaite

historique. Donc elle avance, mais elle rencontre de grandes difficultés dans son parti et chez les Libéraux. En revanche, du côté du SPD et des Verts, on est beaucoup plus compréhensifs.

C'est un problème de politique interne à l'Allemagne et pas un problème européen ?

Non, parce qu'il faut voir où on en est par ailleurs. Lorsque j'étais président de la Commission, j'avais de la chance, le Benelux existait, c'est-à-dire la Belgique, les Pays-Bas, le Luxembourg, ça pesait. À la tête de l'Espagne, il y avait González, pas n'importe qui. Tandis que là, on dirait que les 15 autres regardent la France et l'Allemagne. De temps en temps, ils bougissent comme le ministre des finances irlandais qui se montre très austère. Mais il n'y a plus cet esprit collégial, cet équilibre quant aux institutions européennes elles-mêmes. Monsieur Sarkozy et Madame Merkel ont mis tellement de coups sur la tête de Monsieur Barroso et de Monsieur Junker, qui préside le Conseil de l'euro, que ces deux-là se taisent, ne savent plus où se mettre.

C'est à cause de Nicolas Sarkozy et d'Angela Merkel pour vous ?

En partie.

Parce qu'ils ne croient pas assez à l'UE ?

Parce qu'ils ne croient pas à la méthode de travail qui a fait le succès de l'UE lorsqu'elle fonctionnait bien. Il y a une institution qui pense tous les jours à l'Europe, la Commission, qui a le droit d'initiative. Elle ne décide pas. Il y a deux co-législateurs, le Conseil des ministres et le Parlement, et au-dessus, il y a un Conseil européen dont le but n'est pas de diriger, mais de tracer des grandes orientations. En 1997, quand il a été question de créer l'euro, j'ai remis un papier sur le manque de coordination des politiques économiques.

Aujourd'hui, crise dans l'Europe, crise de l'euro. Est-ce qu'on peut imaginer qu'un pays lâche l'euro, que ce soit la Grèce ou l'Allemagne ?

Si la Grèce quitte l'euro, c'est l'effet domino. Ça veut dire que le lendemain, les marchés vont s'intéresser davantage aux autres pays, notamment à ce que les Allemands appellent l'*Olivenzone*, l'Espagne et l'Italie notamment. Et aujourd'hui, je vois que l'Italie a dû monter ses taux d'intérêt pour pouvoir emprunter. Quant aux crédits des faux SWAPS, ces crédits qui permettent de s'assurer sur des titres que vous n'avez pas, ils n'ont jamais été aussi élevés, y compris pour la France. Donc le mal est là. C'est l'effet domino. Sauver le soldat grec, c'est sauver l'euro.

Cette hypothèse existe sérieusement que la Grèce puisse quitter l'euro ?

Il y a des gens qui en parlent. Tous ceux qui ont été contre l'euro en parlent.

Non, mais vous, est-ce que vous pensez que c'est une hypothèse plausible ?

Non, parce que c'est la fin de l'euro et c'est aussi la fin d'une certaine aventure européenne. Il restera par exemple un grand marché.

Ce qu'il y avait avant ?

Oui, avec des trous comme dans le gruyère.

On s'approche d'une solution ou on est au bord du gouffre ?

On s'approche d'une solution parce que cette semaine peut apporter des bonnes nouvelles.

C'est quoi la bonne solution ?

C'est de mettre en œuvre le deuxième paquet, fort de 770 milliards, qui permet aussi au Fonds d'acheter des titres de la dette souveraine sur les marchés, permet de recapitaliser certaines banques avec cet argent. Tout ça a été décidé le 21 juillet. Donc le mettre en œuvre.

Les « anti-euro » disent que tout ça était prévisible parce qu'on ne peut pas faire une monnaie unique avec des économies aussi diverses. Qu'est-ce que vous leur répondez ?

Si vous prenez mon rapport, vous auriez vu que si j'avais été encore là, j'aurais été beaucoup plus regardant et beaucoup plus exigeant pour la Grèce, l'Italie et l'Espagne. Il suffit de relire le rapport. Peut-être ont-ils adhéré trop vite, mais ensuite, la diversité a tendance à s'atténuer grâce aux politiques de cohésion économique et sociale que j'ai mises en place en 1987. Depuis qu'ils ont adhéré, l'Espagne et le Portugal ont augmenté de 20 à 30 points en moyenne de niveau de vie par rapport à la moyenne européenne. Par conséquent, simplement, la zone euro, au départ, avait besoin de ce pacte de solidarité, de coordination des politiques économiques et peu à peu, il aurait fallu rapprocher les systèmes fiscaux et notamment l'impôt sur les entreprises.

Pour faire des vraies ressources européennes ?

Non, simplement pour éviter de trop grandes distorsions de concurrence. Il ne resterait comme distorsion de concurrence que les différences de niveau de vie et donc de coût du travail et les systèmes sociaux. Contrairement à ce que disent les Européens qui crient sur le social, il n'est pas possible d'unifier les régimes sociaux aussi différents que ceux qui tiennent de Beveridge ou de Bismarck.

Est-ce qu'il faut en revenir au concept des noyaux durs ?

Oui, c'est d'ailleurs prévu dans le traité. Ça s'appelle la coopération renforcée.

Il y a urgence, il faut le faire ?

Il aurait fallu... L'Union économique et monétaire est une coopération renforcée et il aurait fallu soumettre au banc des conditions tous les pays qui sont actuellement dans l'euro. C'était essentiel. Mais ça ne date pas d'hier. Monsieur Genscher, qui a été un grand ministre allemand des Affaires étrangères, disait toujours « les pays qui veulent aller le plus vite ne peuvent pas obliger les autres à les suivre, mais ceux qui veulent aller moins vite ne peuvent pas empêcher les premiers d'aller plus vite ». C'est grâce à ça qu'on a fait Schengen et l'euro. Donc il faut revenir sur cette idée saine et c'est pour ça qu'on avait mis dans le traité de Lisbonne la

coopération renforcée. Je crois que les Allemands et Madame Merkel sont contre les coopérations renforcées parce qu'il y a une certaine conception de l'Allemagne, qui trône au milieu de la grande Europe et qui ne veut pas se fâcher parce que les 8 nouveaux adhérents ne veulent pas qu'il y ait de coopération renforcée.

Est-ce que vous pensez possible de créer un gouvernement économique au niveau européen à partir de cette crise de l'euro ?

Non. Je pense que l'on peut faire ce que je vous ai dit, de la coopération, c'est-à-dire que le président du Conseil de l'euro ait une certaine autorité, qu'il ne soit pas lessivé dès le début par certains membres. Deuxièmement, la Commission peut mettre sur la table les propositions qui gênent ou qui stimulent : qui gênent parce que tel pays ne fait pas ce qu'il devrait faire, ou qui stimulent parce qu'on sait qu'avec plus de convergence, ça va mieux. J'ai toujours dit que l'euro sans coopération protège même de nos bêtises, mais il ne stimule pas.

Les banques sont pas mal secouées. Est-ce qu'on peut imaginer qu'une déclaration de la France et de l'Allemagne disant « on va soutenir de façon indéfectible les banques », ça pourrait ramener un peu de calme sur le marché ?

On ne peut pas dire ça dans l'état actuel des choses. Déjà, après la crise de Lehman Brothers, merci cher contribuable, on a renfloué les banques ! Qui d'ailleurs n'ont pas changé de comportement pour ça. Il n'y a qu'à regarder comment elles travaillent. On attend encore qu'une décision ou un choix du G20 soit mis en œuvre. Par exemple, ça discute très fort aux États-Unis et en Grande-Bretagne sur la séparation entre banques de dépôt et banques d'affaires. En réalité, je devrais dire banques de clientèle et banque sur les marchés. Il n'y a pas moyen d'obtenir ça, qui est essentiel. Quand les banques sont en difficultés, c'est à cause des opérations de marché. Par conséquent, si elles sont isolées, il faudra qu'elles mettent dans leur bilan, en face, les garanties. Donc c'est essentiel. Rien n'a été fait.

Qu'est-ce qu'il faut faire ?

Il y a une autre raison qui explique la situation, c'est que depuis Lehman Brothers, les liquidités dans le monde ont beaucoup augmenté. Par conséquence, les détenteurs de liquidités ne savent pas quoi faire. Donc ils ont une force de frappe considérable pour aller dans un mauvais sens. Ça, c'est une autre raison qui explique la situation. Pour les banques, d'abord, Madame Lagarde a fait une grosse erreur politique.

En parlant des banques. Parce que tout le monde va penser qu'il s'agit des banques françaises en plus.

Si c'était vraiment son sentiment, en bon directeur général du FMI, elle aurait parlé en tête-à-tête au chef de gouvernement concerné. Donc elle a, elle aussi, nourri la spéulation.

Elle a fragilisé les banques en fait ?

Non. Il faut distinguer deux choses, la solvabilité et la liquidité. Dans deux ans, si on suit les régulateurs de base, ceux qui définissent le système pour l'ensemble, il faudra un nouvel effort pour avoir le ratio de fonds propre nécessaire. Mais aujourd'hui, quand on considère les banques, elles ont encore accru leurs fonds propres depuis 2008 et elles sont en mesure aujourd'hui de faire face à un défaut ou à une diminution de la valeur de leurs créances. Elles ont ce qu'il faut. Donc il suffirait que les gouvernements disent ça.

Vous voulez dire que la Société Générale, le Crédit Agricole, BNP Paribas ne sont pas fragilisés par la dette grecque ?

Oui. Si demain, par malheur, il y a avait quelque chose de plus grave sur les Grecs, je vous rappelle déjà qu'ils doivent faire -21 %, je pense que les banques ont les moyens, sans gêner leur clientèle, de faire le nécessaire. Par conséquent, je pense que ce cri d'alarme est trop fort.

C'est la spéculation qui fait ça ?

Il y a la spéculation, les gens qui veulent faire l'intéressant. D'autres le pensent profondément. On n'a pas que des amis chez les Anglo-Saxons. Et tout à l'heure Madame Lagarde en a rajouté une couche.

Pourquoi elle a fait ça ? Elle s'est trompée sur le diagnostic ? Elle était mal informée ?

Non, je pense qu'il faut écouter les mauvaises langues de son camp, de la droite. Les mauvaises langues disent « ce perroquet savant n'a plus son professeur », donc elle n'est plus cadrée par Monsieur Muscat, le secrétaire général de l'Élysée. Ce n'est pas moi qui dis ça, ce sont les mauvaises langues de la droite.

Monsieur Delors, qu'est-ce qui pourrait mettre fin à la panique bancaire ? Une parole politique ? Qu'est-ce qui pourrait arrêter ça ?

Il aurait fallu, mais on n'en parle plus. Il faudrait que demain, en urgence, tous les gouvernements soumettent à leur parlement le deuxième paquet (premier paquet de 110 milliards, deuxième de 150...), pour ratification. Et à ce moment-là déjà, toutes les mesures seront mises en application. On a un matelas de 300 milliards en plus. On a la possibilité de recapitaliser une banque grecque, qui serait oxygénée, parce qu'il est évident que les banques grecques ont aussi de la dette souveraine grecque. Il suffirait de cela. Pour le reste, il faut reconstruire une bonne machine, une machine à prendre des décisions, à gouverner et je vous ai expliqué tout à l'heure qu'on s'en est largement éloigné.

L'hypothèse que certains évoquent de nationaliser au moins partiellement les banques n'est pas bonne ?

Ce n'est pas le sujet à l'ordre du jour.

Certains en parlent.

Il suffit de prononcer le mot « nationalisation » pour en voir certains qui s'excitent et d'autres, comme la présidente du Medef, qui s'affolent. Ça remplit les papiers, mais ça ne vaut rien. Passons notre chemin.

Ça peut affoler les petits épargnants ?

De ce point de vue, il faut bien distinguer solvabilité et liquidité. Si demain, ce n'était pas -21 %, mais plus, les banques françaises sont en mesure d'honorer leurs engagements, leur bilan n'est pas compromis. La liquidité, c'est autre chose. Le paradoxe aujourd'hui, c'est qu'il y a beaucoup d'argent, mais que les banques le gardent pour elles et que le marché interbancaire est affaibli. S'il n'y avait pas la Banque centrale européenne (BCE) qui pourvoie à tout cela, je ne sais pas où on en serait. La BCE liquéfie le marché, donne ce qu'il faut au marché interbancaire. De ce point de vue, la BCE a fait deux bonnes choses.

Tout à l'heure vous disiez que les dirigeants européens n'ont pas été à la hauteur. Est-ce que vous saluez Jean-Claude Trichet dans son action depuis la crise ?

Oui, depuis qu'il y a la crise. Avant, nous avions des divergences. Il a résisté à l'hyper-rigidité de certains Allemands. Il est intervenu raisonnablement pour soutenir le marché des obligations souveraines grecques, portugaises, espagnoles, italiennes. Troisièmement, il fournit la liquidité aux banques, et quatrièmement, c'est sa fermeté qui a poussé un peu des dirigeants hésitants à prendre des mesures. Il a été le plus Européen de tous.

Ce qui veut dire que ceux qui ont sauvé les banques, et plus généralement la situation, c'est plus les banques comme la BCE que la politique ?

La BCE. Oui.

Il y a une carence des dirigeants politiques européens ?

Non, je vous ai dit, ils n'ont pas pris les bonnes décisions au moment de créer l'euro. Il n'y avait pas d'équilibre entre le monétaire et l'économique. Ensuite, quand ils étaient réunis à 17, je ne sais pas de quoi ils parlaient. Vous, les journalistes, vous aimez les trains qui n'arrivent pas à l'heure. Eux, ils détestent ça. Tout ne va pas bien Madame la Marquise. Donc c'est une très mauvaise gouvernance.

Je voulais vous poser une question sur le système bancaire. Vous disiez « il y a une crise majeure en 2008, aucune décision n'a été prise ». Est-ce qu'aujourd'hui vous pensez que c'est plus opportun ? Est-ce qu'on peut arriver à la taxation des transactions financières, à la séparation des banques d'affaires, de dépôt ?

La résistance est très forte, mais les Européens sont devant un choix. Bien sûr, il vaudrait mieux que la taxe de transaction financière soit appliquée dans le monde entier, mais ce n'est pas le choix entre rien ou le monde entier. L'Europe doit le faire et croyez-moi, elle perdra beaucoup moins que certains spécialistes ou défenseurs de la bourse le disent. Deuxièmement, même tarif et même réponse pour la dissociation entre banque de dépôt et banque de marché.

Il faudrait le faire immédiatement ? Vous pensez que les gens ont compris ?

Le paradoxe sur le marché : la BCE a un taux moyen de 1,50 %. Sur le marché ils peuvent faire des rendements de 7 – 8 – 10 % même en souscrivant des obligations. D'un côté, la BCE met de l'argent à disposition pour que l'économie ne dérape pas trop, ne soit pas trop bloquée et de l'autre côté, ce sont eux les principaux profiteurs en matière financiers. Il y a quelque chose qui ne va pas là-dedans. C'est pour ça qu'on aurait dû augmenter l'imposition de ces banques pendant cette période. Les contribuables ont payé pour eux, c'est à eux maintenant de rendre la monnaie.

Est-ce que vous dites comme Henri Guaino, le conseiller spécial de Nicolas Sarkozy, qu'il y a un risque de déflation mondiale ? Est-ce que c'est une crainte pour vous ?

C'est trop fort. Le risque, c'est qu'on ait une économie plate, ou à -1 ou -2 et ça suffit pour ne pas faciliter la tâche de diminution de la dette.

Il faut de l'inflation pour amortir le choc ou pas ?

Vous vous rappelez peut-être qu'à un moment le conseiller économique Monsieur Dominique Strauss-Kahn avait dit, au grand scandale des banquiers centraux, « dans le fond, si on mettait l'objectif d'inflation de 2 à 4 ».

C'est assez scandaleux.

Moi je m'étais dit, depuis déjà, un autre ancien du FMI a dit, dans le fond c'est peut-être une solution pour que ça ne soit pas trop dur de diminuer la dette.

Et Monsieur Jacques Delors, il en dit quoi, il en faut de l'inflation ou pas ?

Non, je pense qu'il faut penser aussi à l'euthanasie des rentiers, parce que l'inflation c'est l'euthanasie des rentiers, c'est la formule de Keynes, mais c'est aussi aux dépens des plus pauvres, des moins riches et par conséquent, cette solution, si on fait 3 % ou 4 % ça va, mais si on se laisse aller, non.

10 ou 15, ça va pas ?

Il y a ceux qui disent « on est à 2,5 %, c'est un drame ».

C'est un peu ce que disait Jean-Claude Trichet.

Oui, mais lui c'est le gardien de la monnaie.

Est-ce que la situation peut être comparée à celle des années 30 ? Avec une montée de l'extrême droite, et du protectionnisme ?

Oui d'un point de vue de la capacité, comme on dit, des dirigeants, oui. Du point de vue de ce que l'on a appris sur le passé, non. En termes d'histoire, de sciences économiques, de sciences financières, on a beaucoup appris. Et donc, je ne vois pas, même les dirigeants les moins bons de notre monde prendre des décisions aussi stupides que celles qui ont été prises dans certains pays après 1930.

Et en même temps, ils ne prennent pas tout à fait la mesure de leur responsabilité.

Je vous l'ai déjà dit, je ne parle pas de la politique chez eux, je dis que la gouvernance de l'euro, n'a pas été bonne depuis des années, il y eu ce vice de conception au début et ce qui m'inquiète maintenant, c'est que, bien entendu, les milieux financiers il faut toujours qu'ils trouvent un responsable ailleurs, mais ce que je crains beaucoup c'est que, devant cette situation, les citoyens se disent : mais alors ces politiques, ils sont bons à quoi ? Au moment où l'extrême droite progresse dans tous les pays, paralyse la Finlande, alors je m'inquiète des retombées de ça, une sorte d'indifférence, d'absentéisme ou même populisme anti-gouvernement et anti-politique.

Crise sociale ?

Pour l'instant non.

Explosion sociale ?

Non.

On ne parle pas de politique française, mais on parle du fond et des idées. On est 7 mois de la présidentielle, qu'est-ce qu'il faut promettre aux Français, qu'est-ce qu'on peut promettre ? Que du sang et des larmes ou pas ?

Non, simplement rappeler aux Français, quels sont leurs atouts, quels sont leurs handicaps.

Leurs atouts ?

Je n'en dirais pas plus, je ne veux pas faire le discours d'un candidat. Mais je vous dis simplement la tonalité. Vous savez, les Français ont été très marqués par la repentance, il fallait la faire, mais à un moment donné, ils se sont dit, mais alors, affreux colonisateur, on a tué des gens, etc. Et en même temps les Français, continuent à penser que leur pays est unique. Il a tellement apporté à l'humanité, donc c'est une schizophrénie entre « pan sur la gueule » d'un côté et de l'autre côté, la glorification de ce qu'on était. Il faut absolument essayer, vu cette schizophrénie, de leur dire, vous n'êtes pas plus mauvais que les autres, mais vous n'êtes pas dépositaires de la conscience universelle depuis que Jésus Christ est là.

C'est la chance des Français, le bonheur des Français.

Le bonheur d'être français bien sûr et beaucoup d'avantages, la preuve c'est que les investissements étrangers ne manquent pas en France. Moi mon rêve, j'ai 86 ans, mais mon rêve pour les jeunes générations, c'est qu'elles arrivent à réduire cette schizophrénie, qu'on puisse leur dire : oui, notre point essentiel c'est la compétitivité. Nous avons un déficit commercial de 2 % de notre produit, ça veut dire que nous vivons au-dessus de nos moyens. De l'autre nous avons beaucoup d'avantages et enfin, comme ça coûte très cher tout cela, il faut savoir qui va payer.

Voilà, alors question clé, qui va payer ?

Pour l'Europe, je n'en dirais pas plus, je reste fidèle au contrat qu'on n'a pas fait.

Qui va payer pour l'Europe ? La France est dans l'Europe ?

Ceux qui vont payer pour l'Europe, c'est-à-dire que si la Grèce s'en sort maintenant, elle a les moyens de se redresser, je vous dis, ça ne fait que 2,5 % du PIB, il faut éviter l'effet domino, c'est-à-dire que ça se déclenche dans les autres pays, et si vous voulez, reprenons les dix premières années de l'euro, sans le pacte économique, qu'est-ce que ça a donné quand même ? 2,1 de taux de croissance, 2,3 de progrès des investissements, 16 millions d'emplois créés. Alors ceux qui aujourd'hui veulent condamner l'euro comme ça devraient quand même se rappeler de ces chiffres.

Il y a eu aussi un débat en France, qui est de dire, tout irait mieux si tous les pays annonçaient une règle d'or, votaient une règle d'or et s'engageaient sur la maîtrise des déficits. Est-ce que ça rassurerait ?

Une règle d'or, pour qu'elle soit valable, il faut qu'elle définisse bien, ce qu'on appelle un déficit. Prenons un exemple, un pays X a 96 % de recettes par rapport à 100 de dépenses. Il se trouve que les 4 % de dépenses en plus sont des dépenses d'avenir. Est-ce qu'il doit tout faire financer par les recettes de cette année ? Puisque ces dépenses profiteront aux prochaines générations, est-ce qu'on ne peut pas emprunter ? Vous connaissez vous, une entreprise dynamique, je parle industrielle, qui a réussi sans emprunter, pour investir un peu plus. Donc il faut préciser.

Et ne pas figer les choses.

On va leur dire, la règle d'or c'est comme, celui qui va à confesse et qui dit « je ne recommencerai pas » à la fin. On se fout du monde, et pour la France ce n'est pas plus qu'un piège à cons pour l'opposition.

Ça veut dire que la confesse, ça ne vaut rien et la règle d'or ça ne vaut rien c'est ça ?

Oui, si on m'explique. J'ai lu le texte français, on attend une loi organique, c'est dans loi organique qu'on saura exactement comment on va y faire. Je la cherche toujours la loi organique. Je répète mon mot en m'excusant de la grossièreté, mais des fois, il n'y a que comme ça qu'on se fait comprendre.

Qui est-ce qui nous prend pour des cons ?

C'est-à-dire la règle d'or, d'abord, ça fait rêver. La formule est bien choisie, très bonne opération de marketing, mais derrière c'est le vide.

Et l'idée que ça puisse rassurer les agences de notation ça aussi c'est un... ?

Les agences de notations, elles continuent leur travail, ce n'est pas le diable. Mais n'empêche que si on avait une agence de notation européenne indépendante qui aiderait le Conseil de l'euro à travailler, et nos banques aussi, ça serait pas mal.

Ça aussi c'est une des choses qui devait être faite et qui n'a pas été faite ?

Non, l'effet d'annonce... Je suis sur un papier sur la démocratie et je relisais les textes de Mendès France. Il disait : il est inadmissible que quelqu'un n'exécute pas les promesses qu'il a faites pendant la campagne électorale.

Ce quelqu'un c'est ?

Pierre Mendès France

Non, mais... Est-ce que vous pensez à quelqu'un ?

C'est assez répandu. Vous êtes des spécialistes au jour le jour. Il a des fois vous sortez d'une conférence de presse en haussant les épaules et en disant, bon, je vais aller retrouver mon ami, ma femme ou mon mari et on va penser à autre chose.

L'actualité aujourd'hui, c'est aussi tout ce qui tourne autour de la Françafrique. Ça vous étonne d'avoir entendu ces déclarations d'André Bourgi ? qui affirme que pendant des années, il y a eu des échanges de mallette entre la France et l'Afrique ?

Là comme ailleurs, j'attends justice.

Vous étiez au courant de ce genre de pratique ou pas ?

Pas du tout.

C'est un scandale d'État ?

Je ne sais pas si c'est vrai. Chaque fois qu'il y a une décision de justice qui peut être prise, j'attends la justice. Ce n'est pas à moi de m'occuper, d'interférer ou de faire pression sur les juges. D'ailleurs ma pression ne servirait à rien, mais je pense à certains qui le font parce qu'ils ont des postes...

Vous avez été ministre des Finances, vous avez été président de la Commission européenne, vous avez peut-être failli être président de la République un jour. Quelles qualités faut-il pour être président de la République française ?

La vision, la place de l'Europe et la France dans le monde, la juste place de la France dans le monde et un contrat avec les électeurs, que l'on peut aménager parce qu'il y a des aléas, un contrat, ce qui implique d'ailleurs qu'on rétablisse des institutions comme le Commissariat général au plan qui à la fois ausculterait la société et regarderait si le contrat est appliqué.

Ça veut dire qu'à l'époque, vous pensez que ces qualités vous ne les aviez pas ?

Non, je vais répéter ce que je vous ai déjà dit. Le parti socialiste n'était pas le parti socialiste d'aujourd'hui. Et rappelez-vous, monsieur Emmanuelli, sur cette thèse que je respecte, avait battu monsieur Jospin. Donc pour

faire ma campagne, soit je mentais au parti socialiste en lui racontant des salades, soit je mentais aux Français. Or cette schizophrénie-là, elle est absolument contraire à l'école mendésiste.

Et aujourd'hui vous estimatez que le parti socialiste a suffisamment évolué pour qu'il n'y ait plus de schizophrénie ?

Oui, il a fait des progrès.

Il a fait des progrès.

De très grands progrès, et aujourd'hui, il est possible de considérer, lorsqu'on n'a pas de parti pris, que le parti socialiste a fait une évolution considérable.

Et vous êtes optimiste pour l'élection présidentielle ?

Non, je ne parle pas de ça.

Après avoir perdu...

Je vous dis simplement que je suis rentré en France en 1995, je n'avais aucune utilité sans doute pour le parti socialiste, donc je me suis occupé des partis socialistes étrangers et donc je vois que la social-démocratie et le parti socialiste ont beaucoup souffert. Ils ne sont plus que trois au pouvoir sur 27. J'espère que le Danemark sera un quatrième, mais cela veut dire que les partis socialistes doivent tous réfléchir sur les raisons qui expliquent le fait qu'ils ont perdu des voix, que les gens se soient détournés d'eux. C'est une réflexion qui n'est pas que française.

Quel est votre avis là-dessus ?

Il faut parler du pouvoir et de ce qu'il reste de la social-démocratie. Par exemple en Suède, la droite a pris le pouvoir sur la social-démocratie, le système est resté intégralement social-démocrate et donc tous ceux qui ont contribué, même s'ils sont morts, peuvent être fier de cela. Je pense que c'est un premier point à bien situer. D'autre part, la social-démocratie doit faire face à l'évolution du *Welfare state*, au vieillissement de la population dans certains pays et aussi à la rupture intergénérationnelle, vraiment très frappante dans les pays de l'Est, mais qui existe aussi chez nous. Les valeurs véhiculent par les nouvelles générations sont différentes, donc il y a une opposition entre les deux, et selon qu'un pays a une pondération plus importante de personnes âgées ou une pondération plus importante de jeunes, c'est un élément important du résultat des élections.

Et on observe aussi le même phénomène en Europe, qui est la montée de l'extrême droite. C'est un discours anti-immigration. Ici on a le ministre de l'Intérieur qui s'en prend à la communauté comorienne en disant qu'elle est responsable. Qu'est-ce que ça vous inspire ? Ça, c'est général à tout le monde ou c'est ?

Tout d'abord, si vous voulez, les valeurs qui ont été les nôtres dans les pays européens pendant longtemps sont en train d'être modifiées pour des raisons qui tiennent aussi, mais je n'insiste pas puisque je suis catholique,

aux pratiques religieuses et aux conditions religieuses. Mais il reste deux éléments qui n'ont rien à voir avec ça. Parlons laïque, sinon je vais me faire fusiller. Il y a deux raisons, la première c'est la mondialisation. Pour la personne qui est à la base, c'est un choc énorme, il a le sentiment qu'on ne va pas s'en sortir. Donc il a tendance à se réfugier sur ses racines et à chercher l'identification, donc il dit « le local et le national contre la mondialisation », ça c'est le premier élément. Et le gouvernement, qui joue un peu les démagogues, les utilise : on va vous protéger, la France vous protège, l'Europe vous protège. Qu'est-ce que c'est que ce langage qui dit à des gens qui doivent travailler, innover, « on vous protège » !

Ce n'est pas un bon slogan de campagne ?

C'est un slogan endormant. C'est de la léthargie.

C'est quoi le bon slogan de la campagne là, par rapport à « je vous protège » ?

« Réveillons-nous, stimulons nous ». Et le deuxième élément, il ne faut pas l'oublier, et qui n'a rien à voir avec le déclin des pratiques religieuses, c'est l'individualisme contemporain. Je vous rappelle d'ailleurs que la Révolution française avait mis en tête l'individu. Réfléchissez un moment sur ce point qui est très controversé, regardez ce qu'on en dit, même s'il le prend à son compte, Pierre Rosanvallon, dans son dernier livre. Et moi, vous ne me voyez pas souvent sur les plateaux de télé, je parle souvent aux jeunes et l'objection principale qu'on me fait quand je parle du sens de la vie, je ne parle jamais de religion, ils me disent : mais Monsieur Delors, je suis le seul maître de mon destin. Et bien ça, c'est catastrophique pour une aventure collective d'un pays, pour son patriotisme et pour sa survie.

Aventure collective justement, dernière question en forme de clin d'œil. En 1995, vous avez failli être candidat à la présidentielle. Aujourd'hui avec la primaire socialiste, il y a 5 candidats, il y en a 3 qui sont des « bébés Delors », des transcourants, ça vous fait plaisir ?

Quand j'étais président de la Commission, que j'ai vu que certains créaient Démocratie 2000. En plus Jean-Pierre Jouyet est un ami de toujours, je me suis dit que j'allais les aider, quand je leur ai dit « on va l'appeler Témoin », déjà ils ont été déçus. Je vous passe le témoin, le contrat était clair.

Oui, mais ça vous fait plaisir. Vous avez essaïmé.

Quand la primaire sera passée, le professeur Delors notera chaque copie.

Ce ne sont pas tous vos héritiers ? Est-ce qu'ils le sont de votre point de vue ?

Non, moi je suis un type un peu à part. Je ne demande pas à ma fille de me ressembler. Son père et sa mère l'aiment à la folie, son père et sa mère ont fait son éducation ; le reste, elle est libre et nous respectons ses choix. Et elle, elle a la délicatesse de ne pas utiliser mon nom.

Vous êtes fier de votre fille quand même

Très, mais vous remarquez qu'elle a la délicatesse de ne pas utiliser mon nom, je n'en dirais pas autant des autres candidats.

Merci, Jacques Delors d'avoir répondu à nos questions, merci à vous de nous être fidèle et à mercredi prochain.

Jacques Delors : "La règle d'or, c'est un piège à cons"

Le Monde | 15.09.11 | 14h36 • Mis à jour le 15.09.11 | 15h16

[Question d'Infos : Jacques Delors par LCP](#)

<P>Peut-on éviter la faillite de la Grèce ?

Jacques Delors : La situation est sérieuse. Et elle ne concerne pas simplement la Grèce. Elle tient à un vice de conception. L'Union économique et monétaire était fondée sur l'équilibre entre le pouvoir monétaire et le pouvoir économique. Il impliquait qu'à côté de l'indépendance de la Banque centrale européenne (BCE) il y ait un pôle économique qui, compte tenu du contrat et de l'esprit du traité, ne pouvait prendre qu'une forme : la coopération. Cette coopération n'a pas eu lieu.

Aujourd'hui, que faut-il faire ?

L'urgence est de mettre en oeuvre les décisions qui ont été prises le 21 juillet et qui font que les ressources du fonds de stabilité vont passer de 440 à 770 milliards. C'est suffisant pour rassurer tous ceux qui veulent être rassurés.

Mais il y a déjà eu un premier plan de sauvetage et il n'a pas suffi. Il a été insuffisant parce que la valse-hésitation a été le mot-clé de nos dirigeants.

Vous visez le couple franco-allemand ?

Non, tous ! les Dix-Sept ! il a fallu du temps pour qu'ils comprennent ce dont il s'agissait. Angela Merkel est hésitante, d'autres préfèrent le coup de menton. Entre deux réunions de chefs, tout le monde parle. Comment voulez-vous que les investisseurs, je ne parle pas simplement des spéculateurs, s'y retrouvent ?

Etes-vous plus indulgent avec Jean-Claude Trichet, le patron de la BCE ?

Oui, il a résisté à l'hyper-rigidité de certains Allemands. Il est intervenu raisonnablement pour soutenir le marché des obligations souveraines grecques, portugaises, espagnoles, italiennes. Il fournit la liquidité aux banques, et c'est sa fermeté qui a poussé des dirigeants hésitants à prendre des mesures. Il a été le plus européen de tous.

L'Allemagne est tiraillée entre la solidarité européenne et le refus de payer pour ceux qui n'ont pas respecté les règles. Comment va-t-elle évoluer, selon vous ?

J'étais encore en Allemagne il y a dix jours. Je crois M^{me} Merkel convaincue au fond de son cœur, de sa tête, que ce serait tragique pour l'Allemagne si l'euro connaissait une défaite historique. Donc elle avance, mais elle rencontre de grandes difficultés dans son parti et chez les libéraux.

La Grèce peut-elle quitter l'euro ?

Si elle le fait, ce sera l'effet domino. Les marchés s'intéresseront davantage à l'Espagne ou à l'Italie. Donc sauver le soldat grec, c'est sauver l'euro.

Faut-il une "règle d'or", comme le veut M. Sarkozy, pour garantir le retour à l'équilibre budgétaire et stabiliser la zone ?

La formule est bien choisie, mais derrière, c'est le vide. J'ai lu le texte français. Pour savoir de quoi il retourne, il faudra attendre une loi organique qui n'existe pas encore. Pardonnez ma grossièreté, mais la "règle d'or", c'est un piège à cons pour l'opposition.

Comment mettre fin à la crise bancaire ?

Christine Lagarde a commis une grosse erreur politique en estimant que les banques européennes avaient un besoin urgent d'être recapitalisées. Les mauvaises langues de son camp disent que "*ce perroquet savant n'est plus cadre par M. Musca, le secrétaire général de l'Elysée*".

En réalité, les banques ont accru leurs fonds propres depuis 2008 et elles sont en mesure aujourd'hui de faire face à un défaut ou à une diminution de la valeur de leurs créances. Il suffirait que les gouvernements le disent.

Dans la campagne de la primaire socialiste, plusieurs candidats sont étiquetés "deloriste" ; en êtes-vous fier ?

Je suis un type un peu à part. Même à ma fille, je ne demande pas de me ressembler. Elle est libre et elle a la délicatesse de ne pas utiliser mon nom, je n'en dirais pas autant des autres candidats.

Pour vous, Martine Aubry est-elle toujours la meilleure ?

Oui, et pas seulement pour des raisons d'affinité parentale.

Jacques Delors, ancien président de la Commission européenne

Propos recueillis par Françoise Fressoz, Frédéric Haziza, Sylvie Maligorne et Marie-Eve Malouines

Article paru dans l'édition du 16.09.11

Intervention de Jacques Delors sur RTL samedi 19 septembre 2011

Invité du journal de Marie Drucker à 12H



Jacques Delors. / AFP

Les propos de Jacques Delors :

J'avais dit il y a 3 semaines que l'euro était au bord du gouffre, on m'a dit que c'était une manière d'affoler les marchés, mais hélas, les événements m'ont donné tristement raison, ou plutôt je suis malheureux d'avoir eu raison, mais hier soir, les 17, alors que la spéculation est là, que l'incertitude est partout, n'ont pas pu se mettre d'accord et ont renvoyé leurs décisions à mi-octobre. Ça veut dire que ces 17 ministres qui sont dans un paquebot au milieu d'une tempête, ont discuté avec des petits calculs. Certains ne veulent pas du tout payer, comme les Finlandais ou les Slovaques, alors que le contrat de mariage a un certain esprit, deuxièmement, certains ont dans la tête une idée machiavélique selon laquelle ils sont pour l'euro mais dans le fond, si la Grèce s'en va, et puis si après ça saute du côté de l'Espagne et du Portugal... c'est une honte ! Hier ce n'est pas misère de la politique, c'est misère des politiques, et je porte le deuil aujourd'hui et je suis indigné de l'attitude de ces gens. Si nous étions en période de calme, ça va, mais là, ce qu'ils ont fait hier, ça a porté un coup terrible à tous ceux qui depuis 1948 s'attachent à avoir une vision d'une Europe en paix, et d'une Europe prospère.

€25bn

austerity package approved by Italy on July 29, 2010

€85bn

international package bailouts Ireland on November 28, 2010

€500bn

permanent bailout fund set up by eurozone ministers in Feb 2011

€78bn

three-year emergency loan made to Portugal on May 16, 2011

€109bn

spent on a second bailout for Greece on July 21, 2011

189%

Greek debt will rise to this as % of GDP next year, says IMF

GRAPHIC: HELEN SMITHSON FOR THE TIMES

Angela Merkel

Once hailed as the "Queen of Europe", she has become a captive of her country's sense of grievance. When popular anger flared up in Germany at having to bail out Greece – one tabloid demanded that the Greeks sell the Acropolis to stave off bankruptcy – she failed to provide leadership lest she lose regional elections. Now her junior coalition partners, the Free Democrats, are trying to make their mark by striking a Eurosceptic pose. Merkel will be lucky if her Government staggers on to the general election next year.

Parliamentary vote on September 29 on new euro bailout conditions may bring massive defections from the coalition

IMF growth forecast
2.7%
 1.3%

GERMANY



ITALY

SPAIN



ITALY

**George Papandreou**

Making the best out of a hopeless situation but he has still failed to convince the nation. He is pitted against a rebellious civil service and furious trade unions. Unemployment has reached 16 per cent. If Greece defaults, he is doomed. Has to cut back more and more to please the eurozone and the IMF. Saved only by the fact that nobody seriously wants his job.

GDP likely to contract by more than 5 per cent in 2011

IMF growth forecast



-5%

**Silvio Berlusconi**

The euro crisis has accelerated Berlusconi's decline in Italian eyes from philandering but strangely successful buffoon to sex-crazed economic incompetent. Standard and Poor's this week downgraded Italy's credit rating, citing his Government's fiscal and political weakness. Industry says even new budget does little to stimulate growth.

Economic growth likely to be barely 0.7 per cent this year, 0.8 per cent next year – much lower than previously expected. Standard and Poor's rating now places Italy below Slovakia and on a par with Malta

IMF growth forecast



10%

Voices of disapproval

I am sad about this lack of European leadership but, to be honest, it was easier in my day'

Jacques Delors, former EU president

'Until Europe's political leaders remake a case for doing whatever it takes, they will not restore their credibility'

Lord Mandelson

'Politicians have to choose between self-reliance or deeper integration'

Jens Weidmann, Bundesbank Governor



"Perhaps our growth forecast was a touch optimistic"

am not afraid to say that this Government should pack up and go home," she said. "We are a serious country and we are tired of being an international laughing stock when we take our products abroad."

Italy's Government has shown itself unable to get a grip on the crisis, Tito Boeri, former senior economist at the OECD, told *The Times*. "In the past three months, the Government has always been reacting in a slow and inadequate way in that they have always

been postponing all the relevant decisions," he said. "I very much doubt that they can find the strength to do now the things they did not do in the past three months."

Politicians in opposition to the current leaders are scornful of what they see as the inertia afflicting the governments as the euro has been battered. François Hollande, the Socialist front-runner in the race for next April's French presidential election, told *The Times* that President Sarkozy had failed the euro despite his show of action.

"There is a feeling that Nicolas Sarkozy is always late, running behind the event. We are still ratifying the July [Greek bailout] accord when we are confronted with a new risk of Greek default," he said.

"We would have been better to endorse the default in July and draw all the consequences..."

In Spain, José Luis Zapatero, the Prime Minister, has called elections in November because of pressure from the crisis. Confidence in the Government has reached rock bottom.

Robert Turnabell, a senior consultant at La Caixa bank, told *The Times*: "Zapatero failed. He could have called general elections five months or a year ago to give more confidence to the

markets and to reduce Spain's borrowing costs. Now we face a real possibility of a Greek default."

British fears were raised yesterday by Lord Mandelson, the former Business Secretary and European Commissioner.

He told businessmen in Singapore: "Until Europe's political leaders remake a believable political case for 'doing whatever it takes', they will not succeed in restoring their credibility."

He added: "It is simply not possible to save the eurozone without explaining and making the political case for further integration." It may be that Europeans are fundamentally not ready to take that step. At the moment, no one is putting the political case for deeper economic union in anything other than the most evasive and oblique terms."

He was echoing remarks to *The Times* from Mr Darling, the former Chancellor, last week. "There are people who could step up. But they're not. I'm not a German but I do understand the difficulties of any politician. If you can't sell your message at home you're never going to sell it abroad," he said.

Additional reporting by David Charter, Berlin; James Bone, Rome; Marie Tourres, Paris; Graham Keeley, Madrid

IMF warns of economies heading for danger zone

Continued from page 1
continue to buy government debt in order "to avoid problems in sovereign debt markets" and may even need to cut interest rates if the risks to growth persist, the IMF added.

Stock markets around the world have been rattled in recent weeks as investors question Europe's ability to find a solution to the worsening crisis.

Finance officials from around the world will gather in Washington this week for meetings of the IMF and World Bank, but they appear to have no clear plan to deal with soaring debt levels and a fragile global recovery.

As well as delivering a warning shot to Europe, the IMF said that the US Federal Reserve should "stand ready to deploy more unconventional support" for the economy as it downgraded its forecast for growth in advanced economies to just 1.5 per cent.

The forecast is based on the assumption that "European policymakers contain the crisis in the euro area periphery, that US policymakers strike a judicious balance between support for the economy and medium-term fiscal consolidation, and that volatility in global financial markets does not escalate".

The IMF's outlook for the UK was just as miserable as it slashed its forecast for growth this year to just 1.1 per cent, from 1.7 per cent in April and warned George Osborne, the Chancellor, that he may need to backtrack on some austerity measures if growth continues to disappoint.

"If activity were to undershoot current expectations, countries that face historically low yields should also consider delaying some of their planned adjustment," it said.

It was reported yesterday that the Treasury was considering ways of injecting £5 billion into the economy without changing its austerity plans, although government officials insisted that the coalition would stick to its original plans.

The IMF's latest growth forecast for the UK falls behind those for Germany, France, the US and Canada, and will be seen as another blow for Mr Osborne after the OECD cut its forecast for growth this month.

Ed Balls, the Shadow Chancellor, said: "The IMF is saying very clearly that if slow growth continues in the UK the Government should change course and adopt steadier deficit plans."

"But since this is now the third time this year the IMF has downgraded its forecasts we can't afford to just sit back and wait for things to get worse," Mr Balls said. "That's why we need a real plan for jobs and growth here in Britain and around the world, and we need it quickly."

Vince Cable, the Business Secretary, told the Liberal Democrat annual conference that the best hope of stimulating the economy lay with the Bank of England injecting millions of pounds in a new round of quantitative easing. Dr Cable is trying to persuade Sir Mervyn King, its Governor, to act without interfering with the Bank's independence from ministerial influence. "If we are looking for ways of making a stimulus, that would be the best option," he said.

Additional reporting by Neil White

JACQUES DELORS „Auf Deutschland ist Verlass“

von Jacques Delors
Handelsblatt 29. September 2011

Der ehemalige EU-Kommissions-Präsident Jacques Delors war an der Schaffung des Euro intensiv involviert. In der Schuldenkrise vertraut er der Bundesrepublik und lehnt europäische Solidarität ohne Eigenverantwortung ab.



Jaques Delors, ehemaliger Chef der EU-Kommission und Elder Statesman. Quelle: dapd

Düsseldorf Mit der Rettung von Griechenland verhindern die Mitgliedstaaten der Währungsunion einen Domino-Effekt auf den Finanzmärkten. Den Investoren und den Spekulanten gegenüber wird Klarheit herrschen. Erst gilt es, das Feuer zu löschen. Aber dann müssen wir eine neue Architektur für die Wirtschafts- und Währungsunion schaffen.

Mit Hilfe der EFSF, des "Rettungsschirms", können wir den Euro konsolidieren. Deshalb ist die heutige Abstimmung im Bundestag von vitaler Bedeutung. Bei wichtigen Entscheidungen über den Aufbau Europas konnte man sich immer auf Deutschland verlassen. Deshalb bin ich weiterhin zuversichtlich und setze auf eine mittelfristige Lösung, die aber ohne eine große Vertragsreform auskommt. Der Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM, dauerhafter Rettungsschirm) sollte man bereits 2012 anwenden. Der ESM sieht eine leichte Anpassung des Lissabon-Vertrags vor und eine Vereinbarung der Regierungen. Der ESM wird maximal über Mittel in Höhe von 700 Milliarden Euro verfügen. Anders als die EFSF hat er ein Grundkapital. Der Gouverneursrat, dem die Finanzminister angehören, und das Direktorium verschaffen den 17 Euro-Mitgliedern eine handlungsfähige Struktur. Manchmal, nicht oft, können sie mit Mehrheit abstimmen.

Diese Institution könnte rasch Euro-Bonds ausgeben. In welcher Höhe? Moderat. Das erwarten die Märkte. Wenn Staatsanleihen fällig werden, ließen sie sich durch Euro-Bonds ersetzen. Säße ich am Verhandlungstisch, würde ich über die Beträge diskutieren. Es kommt nicht infrage, die gesamten Schulden zu ersetzen. Ein Wert von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung wäre theoretisch das Maximum, ich würde aber bei 30 Prozent einen Schlussstrich ziehen. Diese Anleihen stünden allen zur Verfügung, nicht nur den Staaten, die in Schwierigkeiten stecken.

Ich hoffe, die Verantwortlichen lernen ihre Lektionen

Mein Vorschlag unterscheidet sich stark von dem, was Sie allgemein über Euro-Bonds lesen. Die sind kein Allheilmittel, sie können nicht egal wie ausgegeben werden. Wir brauchen dafür eine juristisch tragfähige und politisch akzeptable Struktur. Gleichzeitig aber würde ein größerer internationaler Markt für Euro-

Staatsanleihen Europa stärken, und er könnte auch genutzt werden, um auf die Zukunft gerichtete Ausgaben der Euro-Zone zu finanzieren, die wir brauchen, um im Rennen zu bleiben: Forschung und Innovation, Investitionen, Ausbildung. Die Europäische Investitionsbank könnte auf diesen Markt zurückgreifen, um ihr Ausleihvolumen zu vergrößern.

Ich unterstütze die deutschen Politiker, die die Kritik der amerikanischen Regierung zurückweisen und sich gegen die Idee wenden, die EFSF von der Europäischen Zentralbank finanziert werden zu lassen. Das würde mittelfristig die Autorität der EZB schwächen - und die Qualität des Euros als Reservewährung.

Ich unterstütze aber auch das Vorgehen von Jean-Claude Trichet und dem Rat der EZB. Durch begrenzte Ankäufe von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt haben sie geholfen, den Euro eine gefährliche Phase überstehen zu lassen. Sie haben die Lücke gefüllt, die entstand, weil die Politik in den vergangenen drei Monaten nicht handelte. Ich hoffe, die Verantwortlichen lernen ihre Lektion.

Das Wichtigste ist nun, eine wirksame Regierungsstruktur für den Euro zu schaffen. Schon 1997 habe ich bedauert, dass neben der monetären Säule der Währungsunion keine wirtschaftliche Säule errichtet wurde in Form eines Paktes zur Koordinierung der Wirtschaftspolitiken. Es kann keine Solidarität ohne Eigenverantwortung jedes Mitgliedstaats geben. Und die Volkswirtschaften können sich nicht angleichen, wenn es keinen Konsens über die Ziele gibt und die für jedes Land passenden Mittel. Das ist die Herausforderung für den nächsten EU- oder Euro-Zonen-Gipfel: zu definieren, wie eine verstärkte Währungsunion arbeiten soll, mit gemeinsamen Politiken, einer schrittweisen Harmonisierung der Besteuerung von Unternehmen und bestimmter sozialer Aufgaben. Notwendig ist vor allem eine größere Disziplin, die verbindlich akzeptiert wird. Ohne Verpflichtungen, die bei Verstößen mit Sanktionen bewehrt sind, lässt sich die Währungsunion nicht festigen. Das zeigt die Erfahrung.